

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	69
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	296/2021
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	07.05.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Frau Dr. Freitag (FSG)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Flughafen Stuttgart GmbH Jahresabschluss 2020		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 27.04.2021, GRDRs 296/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der Vertreter der Landeshauptstadt Stuttgart in der Gesellschafterversammlung der Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) wird beauftragt,

1. den Jahresabschluss zum 31.12.2020 in der vorgelegten Form festzustellen,
2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen,
3. über die Verwendung des Ergebnisses folgendermaßen zu beschließen:
Den Jahresfehlbetrag 2020 in Höhe von -96.905.729,99 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
4. die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly GmbH & Co. KG, Stuttgart, als Abschlussprüfer der FSG für das Geschäftsjahr 2021 zu bestellen,

5. dem Aufsichtsrat der FSG für das Geschäftsjahr 2020 Entlastung zu erteilen.

Hinweis:

Mitglieder des Aufsichtsrats der FSG sind bei Beschlussziffer 5 (Entlastung des Aufsichtsrats) befangen und dürfen nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Nuber-Schöllhammer nimmt wegen Befangenheit im Sinne von § 18 GemO an der Beratung und Abstimmung bei Ziffer 5 des Beschlussantrags dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Vorab vereinbart der Ausschuss, aus zeitlichen Gründen auf eine ausführliche Präsentation zu verzichten. Sie wird den Mitgliedern des Ausschusses per E-Mail zugesandt.

Frau Dr. Freitag berichtet kurz im Sinne der Vorlage. In ihrem Ausblick geht sie davon aus, dass die Zahlen von 2019 erst wieder in der Mitte der 2020er-Jahre erreicht würden.

Die Vertreter der Fraktionen danken für den Bericht. Sie bedanken sich - und BM Fuhrmann schließt sich an - bei der Geschäftsführung und den Mitarbeiter*innen für die in dieser schwierigen Situation geleistete Arbeit.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) lobt, dass das Effizienzprogramm STRong sehr schnell umgesetzt worden sei, ohne die Qualität für die noch vorhandenen Passagiere anzutasten. Ein sehr wichtiger Schritt sei die energetische Sanierung. Mit Blick auf die Beteiligung an der Baden Airpark GmbH (BAG) erklärt sie, der Gemeinderat habe sich committet, dass man Kurzstreckenflüge nicht mehr wolle. Ihre Fraktion könne sich aus Gründen des Klimaschutzes mittelfristig einen Ausstieg aus den Regionalflughäfen vorstellen.

Bei der FSG handle es sich um ein sehr solides Unternehmen, betont StR Mörseburg (CDU). Auch er lobt die Anstrengungen, die deutliche Einsparungen bewirkt hätten. Beim Thema Regionalflughafen schließt er sich seiner Vorrednerin an. Nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht betrachte er diese Kleinstflughäfen nicht als sinnvoll. Dafür sollte eine bessere Lösung gefunden werden.

Das einzig Gute an der wirtschaftlich desaströsen Situation sei die Stille in der Einflugschneise für die lärmgeplagten Anwohner sowie die Verringerung des Klimarucksacks des Landesflughafens, erklärt StR Ozasek (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tiereschutzpartei). Ohne Rettungsprogramme wäre der Flughafen ein Insolvenzfall. Er erinnert an die pandemiebedingt aufgeschobene politische Debatte zur Investitions- und Wachstumsstrategie der FSG, die mit den zwingenden Erfordernissen zum Klimaschutz kollidiere. Die bisherigen Anstrengungen zum Klimaschutz seien mit Blick auf das Pariser Abkommen völlig unzureichend und müssten verstärkt werden. Seine Fraktion wolle nach wie vor einen sofortigen Stopp des Wachstumskurses. Im Koalitionsvertrag der

Landesregierung werde fälschlicherweise weiterhin vom klimaneutralen Flughafen gesprochen. Die Regionalflughäfen würden dort überhaupt nicht erwähnt.

Auch ihrer Fraktion, so StRin Schanbacher (SPD), gehe es darum, dass sich nicht nur die Stadt, sondern auch die Beteiligungsunternehmen an den gesteckten Klimazielen orientierten. Parallel zum technologischen Fortschritt sollten die vielen Tonnen CO₂, die die Flugzeuge täglich ausstießen, kompensiert werden. Angesichts der 11,6 Mio. € Einsparung beim Personalleasing betont sie den Wunsch ihrer Fraktion, Personal nicht zu leasen, sondern mit guten und fairen Arbeitsverträgen auszustatten. Und schließlich bittet sie um einen Blick in die Zukunft des Flughafens.

StR Neumann (FDP) schließt sich dieser Bitte an, gerade auch hinsichtlich des Effekts der Remote-Arbeit auf das Flugverhalten. Er lobt das gute Krisenmanagement der FSG.

StR Zaiß (FW) betont die Bedeutung der Flughäfen zum einen für die Industrie in Baden-Württemberg und zum anderen für die Ferienflieger. Bei einer Schließung des Baden Airparks könnten sich die Flüge eventuell auf die französische Seite verlagern. Der Blick in die Zukunft sei angesichts vieler offener Faktoren schwierig.

Eine Reduzierung der Kapazitäten hält auch StR Köhler (AfD) angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse - z. B. eine andere Einstellung zum Fliegen, Remote-Arbeit - durchaus für möglich. Er betont, dass der Flughafen für den Wirtschaftsstandort Stuttgart, auch für Kurzstrecke, einen Wettbewerbsvorteil biete.

StR Puttenat (PULS) erklärt, seine Fraktion lege den Fokus generell auf die klimaenergetischen Aspekte. Eine weitere Beteiligung an den Regionalflughäfen lehne sie ab.

Gegenüber StR Ozasek macht Frau Dr. Freitag deutlich, der Flughafen sei kein Insolvenzfall, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart oder Zukunft. Die Liquidität sei - durch "eine großartige Leistung der gesamten Mannschaft" - für die nächsten 24 Monate gesichert. Bei einer Eigenkapitalquote von 67 % sei die Refinanzierung auf dem Fremdkapitalmarkt kein Problem. Als Hauptziel der FSG in der Krise nennt sie die Sicherung der Liquidität und der Beschäftigung. Niemandem sei in der Probezeit gekündigt worden, Anfang des Jahres seien entsprechend den tariflichen Vorgaben einige Stellen bei der Feuerwehr geschaffen worden.

Die Terminals müssten aufgrund ihres Alters energetisch saniert werden. Ursprünglich habe man für diese Zeit ein Interimsterminal geplant, dies sei gestrichen. Aktuell müsse man mit den bestehenden Mitteln auskommen.

Beim Blick in die Zukunft gebe es drei Passagiergruppen: Geschäftsreisende, die etwa ein Drittel ausmachten, sowie Privatreisende, zum einen mit touristischem Anlass und zum anderen, um Freunde und Verwandte zu besuchen. Einer Umfrage des Handelsblatts der vergangenen Woche zufolge planten die großen Unternehmen aufgrund der virtuellen Möglichkeiten und auch aus Gründen des Klimaschutzes nun weniger Geschäftsreisen. Private Flüge in die Türkei oder nach Kroatien seien gut gebucht. Bei touristischen Reisen erwarte sie insbesondere für den Winter einen hohen Nachholeffekt und grundsätzlich mehr Buchungen in den nächsten Jahren.

Zum Thema Regionalflughäfen informiert sie, die FSG halte zwei Drittel der Anteile an der BAG. Dies sei politisch so entschieden worden. Als Aufsichtsrätin habe sie die Ver-

antwortung, sich positiv um die Gesellschaft zu kümmern. Sie könne Fragen nach der Beteiligung durchaus verstehen. Im laufenden Jahr seien zwei Drittel des Beteiligungswertes an der BAG abgeschrieben worden. Möglicherweise müsse auch der Rest noch abgeschrieben werden. Durch die Beteiligung habe die FSG jedoch auch einen gewissen Einfluss auf die BAG, z. B. in Bezug auf die Klimaziele. Positiv zu bewerten seien auch Sekundärfaktoren bzw. möglicherweise positive Effekte für Stuttgart. Klar sei jedoch im Hinblick auf den Ausstieg aus der BAG, dass sich die Gesellschafter - Stadt und Land - miteinander perspektivisch überlegen müssten, wie sie sich positionieren wollten. Eventuell seien aber auch technologische Entwicklungen, wie z. B. Drohnenverkehre und Heliportverkehre an einem Regionalflughafen wie BAG besser möglich als an den großen Flughäfen.

Sie räumt ein, dass die FSG bei ihren Töchtern Personal abgebaut habe. Doch werde man, sobald sich die Lage verbessere, wieder Personal aufbauen.

BM Fuhrmann stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen beschließt die Ziffern 1 bis 4 des Beschlussantrags einstimmig wie beantragt. Ziffer 5 des Beschlussantrags beschließt der Ausschuss, nachdem StRin Nuber-Schöllhammer den Saal verlassen hat, ebenfalls einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Rechnungsprüfungsamt
 3. L/OB-K
 4. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS